

Rezensionen

- I. *Heinz-Werner Meyer* (Hg.): Aufbrüche - Anstöße, Beiträge zur Reformdiskussion im Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Gewerkschaften, Bd. 1, Köln: Bund, 1994, ISBN 3-7663-2538-8, 167 S., DM 19,90
- II. *Heinz-Werner Meyer* (Hg.): Sozial gerecht teilen - ökologisch umsteuern? Beiträge zur Reformdiskussion im Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Gewerkschaften, Bd. 2, Köln, Bund: 1994, ISBN 3-7663-2539-6, 171 S., DM 19,90
- III. *Dieter Schulte* (Hg.): Industriepolitik im Spagat. Beiträge zur Reformdiskussion im Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Gewerkschaften, Bd. 3, Köln: Bund, 1995, ISBN 3-7663-2620-1, 195 S., DM 19,90
- IV. *Dieter Schulte* (Hg.): Erneuerung des Sozialstaates, Beiträge zur Reformdiskussion im Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Gewerkschaften, Bd. 4, Köln: Bund, 1996, ISBN 3-7663-2621-X, 173 S., DM 19,90

Noch nie in ihrer einhundertjährigen Geschichte, so stand es 1993 in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ zu lesen, sahen sich die deutschen Gewerkschaften hinsichtlich ihrer programmatischen Orientierungen einem so großen Klärungsbedarf gegenüber wie heute. Die gewerkschaftliche Programmdebatte ist seither im Gange. Die Buchreihe soll sie einem größeren Interessentenkreis zugänglich machen und Anstöße für den notwendigen Diskussionsprozeß geben. Autor/inn/en aus Wissenschaft, Publizistik, Politik, Wirtschaft und den Reihen der Gewerkschaften selbst sind in den vier Bänden

versammelt. Die einzelnen Beiträge sind themenzentriert gebündelt, ohne daß trennscharfe Abgrenzungen immer möglich sind: Beiträge zur Verteilungsgerechtigkeit oder zu industriepolitischen Standortdebatten z.B. enthalten - wie kaum anders zu erwarten - zahlreiche Bezüge zum Thema Sozialstaat. Leider finden sich in den einzelnen Bänden keine inhaltlichen Einführungen und Bündelungen der Diskussion zu den jeweiligen Themenkomplexen, die die Leser/-innen auf die darin enthaltenen Kontroversen aufmerksam machen würden. Insofern wird die Möglichkeit nicht voll ausgeschöpft, mit diesen Bänden den gewollten Diskurs anzuregen. Aber hier könnte eine Chance dieser Sammelrezension liegen, in der ohnehin nur selektiv auf einzelne der vielen Beiträge eingegangen werden kann. Sortiert man weniger nach den Themenkomplexen und stärker nach Herkunft der Autor/-inn/en, dann werden Spannungsbögen, Kontroversen, Herausforderungen dieser gewerkschaftlichen Programmdebatte sichtbar.

Betrachtet man zunächst die Spannbreite der *Beiträge aus Wissenschaft und Publizistik* - wohl sämtlich von Autor/inn/en, die den Gewerkschaften aufgeschlossen gegenüberstehen oder auch eng verbunden sind -, so fällt auf, daß deren Auffassungen doch in bemerkenswert vielen Punkten konvergieren: Durchgängig wird der tiefgreifende Charakter der stattfindenden gesellschaftlichen Umbrüche und Transformationen unter den Vorzeichen von Europäisierung und Globalisierung, gesellschaftlichem Wertewandel, technologischen Innovationen und ökologischen Herausforderungen für eine nachhaltige Entwicklung betont. Vergleiche zur ersten oder zweiten industriellen Revolution werden von manchen Autoren gezogen. Von epochalen Umwälzungen und einer „gewaltigen Metamorphose“ (*Lebaube IV*) ist die Rede. Und dabei spielt für keinen der Autoren das

Kapital-Arbeit-Paradigma noch länger die entscheidende und handlungsorientierende Rolle. Vielmehr geht es um unterschiedliche Entwicklungspfade unter der Voraussetzung einer kapitalistischen Ökonomie - etwa zwischen „angelsächsischem“ oder „rheinisch-alpinem Kapitalismus“. Einzelne Beiträge weisen darauf hin - so *Vester* (I) in einem informativen Aufsatz über Ergebnisse der neueren Lebensweltforschung -, daß eine entsprechende Entideologisierung der gewerkschaftlichen Programmatik zugleich eine unerläßliche Voraussetzung dafür ist, in neuen sozialen Milieus Fuß zu fassen. Für etliche Autoren ist es durchaus nicht mehr selbstverständlich, Gewerkschaften und Zukunft oder Zukunftsfähigkeit zu assoziieren (*Koch IV, von Weizsäcker II*). Andere heben hervor, daß heute die gewerkschaftspolitischen Gestaltungsansprüche der Gewerkschaften in Frage stehen und die Zeiten, in denen sie vielleicht noch glauben konnten, Antworten auf alle wichtigen Zukunftsfragen der Gesellschaft bereithalten zu müssen, nun wirklich vorüber sind (*Detting II, Hengsbach I, Silvia/Markovits I*), daß im Gegenteil auf immer wichtiger gewordenen Feldern - wie dem der Ökologie - gewerkschaftliche Handlungspotentiale sehr nüchtern eingeschätzt werden sollten (*von Weizsäcker II, Steger II*).

Durchgängig finden sich auch Analysen, die auf eine Relativierung des Stellenwerts von Erwerbsarbeit als der zentralen Institution sozialer Integration in den modernen Industriegesellschaften hinauslaufen, auf der dann das ganze Institutionengefüge der sozialen Sicherungssysteme aufbaut und mit der zugleich auch die Gewerkschaften auf das engste verknüpft sind. Kein Beitrag aus wissenschaftlicher oder publizistischer Sicht räumt den unverändert proklamierten Zielen staatlicher Vollbeschäftigungspolitik nach zwei Jahrzehnten regelmäßig angestiegener Sockelarbeitslosigkeit noch realistische Chancen ein. Die „goldenen dreißig Jahre“ der Ökonomie des Fordismus hätten so gesehen eine Illusion von Stabilität erzeugt und die auch in dieser Zeit erhebliche Dynamik ökonomischer und sozialer Entwicklung eher verdeckt. Auch die heutigen Tendenzen einer sozialen Spaltung moderner Industriegesellschaften

(„Zweidrittelgesellschaft“) würden allzu leicht zu statisch interpretiert (*Leisering/Leibfried IV*) Biographisch betrachtet seien z.B. unsichere Beschäftigungsverhältnisse für viele Menschen vorübergehende Erfahrungen; und nicht zuletzt deshalb seien sie von der Gesellschaft insgesamt noch ohne wirklich große Erschütterung ihrer Kohäsionskraft zu verarbeiten. Aber auch historisch betrachtet seien die Gewerkschaften immer mit sehr dynamischen sozialen Prozessen, etwa Umschichtungen in den sozialen Milieus ihrer Klientel konfrontiert gewesen. Insofern stünden sie angesichts der heutigen Krise industrieller Arbeitsgesellschaften nicht vor völlig neuen Herausforderungen (*Vester I*).

Entscheidend für die Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaften sei es aber, ohne Illusionen, schonungslos und mutig den Herausforderungen ins Auge zu sehen. Auch wenn vor den Gewerkschaften angesichts der Nicht-Reformierbarkeit des alten Sozialstaates - so *Koch* (IV) in einer der wohl radikalsten und pointiertesten Analysen in den vier Bänden - wahrhaft „eine furchterweckende Aufgabe“ steht, die Warnung, bei der bloßen Verteidigung der institutionell noch leidlich befestigten alten Bastionen die Gewalt über das systemisch verselbständigte, ablaufende Geschehen vollends zu verlieren (*Lebaube IV*), zieht sich durch viele der Beiträge.

Sicherlich bleiben die Beiträge der Wissenschaft z. T. handlungsfern bei allgemeinen Analysen stehen. Aber es werden auch eine Reihe mehr oder minder konkreter Vorschläge unterbreitet: Sie beginnen mit der Aufforderung an die Gewerkschaften, sich für einen weiten, auch große Bereiche der Nicht-Erwerbsarbeit einschließenden Arbeitsbegriff zu öffnen, um so angesichts der Krise der Arbeitsgesellschaft die Voraussetzungen für eine Bewahrung und Erneuerung ihres gesellschaftspolitischen Gestaltungsanspruches zu schaffen (*Detting II, Hengsbach I, Lebaube IV*). Sie erstrecken sich auf Vorschläge für eine Entkoppelung von sozialer Sicherung und Teilhabe am Arbeitsmarkt, also eine staatlich garantierte, aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanzierte Grundsicherung (*Koch IV, Vobruba IV, Lebaube IV, Rödel IV*).

Sie erörtern Möglichkeiten, Teile der Schattenwirtschaft mittels einer negativen Einkommenssteuer in die offizielle Ökonomie zu überführen oder den sogenannten zweiten Arbeitsmarkt aktiv zu gestalten, um der fortschreitenden Erosion der sozialen Sicherungssysteme wenigstens partiell entgegenzuwirken (*Scharpf IV, Dettling IV, Vobruba IV*). Oder sie legen den Gewerkschaften nahe, sich für die Durchsetzung einer einkommensneutralen Ökosteuer einzusetzen, um Energie und Rohstoffe an Stelle von Arbeit zu verteuern und über dieses Steueraufkommen zugleich Systeme der sozialen Sicherung zu finanzieren und Impulse für ein nachhaltiges Wachstum auszulösen (*von Weizsäcker II*). Die Notwendigkeit der Durchsetzung eines internationalen Konsenses über die Nutzung dieses Instruments, oder möglicherweise auch funktionaler Äquivalente, wird gesehen, aber ihr werden auch Chancen eingeräumt.

Die *Beiträge von Repräsentanten der Politik* (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen) reflektieren die tiefgreifenden Umbrüche und Transformationen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in unterschiedlicher Weise. Daß z.B. *Biedenkopf* (II) vor dem Hintergrund seiner Diagnose einer tiefgreifenden Krise des Arbeitsmarkts für Modelle einer steuerfinanzierten Grundsicherung wirbt, um das Sozialverhältnis, insoweit es sich nicht mehr über eine Teilhabe an der Erwerbsarbeit finanzieren und begründen läßt, „zu einer selbständigen Beziehung der Bürger zur Gemeinschaft“ auszugestalten, ist seit längerem bekannt. Daß andere Repräsentanten aus den großen politischen Parteien, vornehmlich in der Logik einer Weiterentwicklung altbewährter Rezepte, das Ziel zumindest einer wieder größeren Annäherung an Vollbeschäftigung weiterhin proklamieren (*Fahrtmann II*), ist nicht überraschend. Wir finden hier aber auch Überlegungen zu Investivlohnmodellen als Instrument struktur- und industriepolitischen Handelns. *Ullmann* (I) ist in seiner Analyse der Beschäftigungskrise radikaler und versucht, die „Grenzen des Wachstums“ auch als Chance der Gewerkschaften zu begreifen.

Insofern die Sammelbände Impulse für die gewerkschaftliche Programmdiskussion geben

sollen, sind freilich die *Beiträge gewerkschaftlicher Autor/inn/en*, und dann natürlich auch diejenigen von *Vertretern der Wirtschaft* von besonderem Interesse. Und hier fällt auf, daß die handelnden Personen aus diesen Bereichen den Analysen und Vorschlägen aus der Wissenschaft doch - vorsichtig formuliert - sehr zurückhaltend gegenüberstehen. So bemerkenswert offen der Beitrag des verstorbenen früheren DGB-Vorsitzenden *Hans-Werner Meyer* (I) ist - sein Nachfolger *Dieter Schulte* (III) bezieht sich in seinem Beitrag zu industriepolitischen Vorstellungen der Gewerkschaften weniger auf die wissenschaftliche Diskussion, wie zu diesem Themenkomplex überhaupt vor allem Repräsentanten aus Wirtschaft und Verbänden zu Wort kommen -, so sehr sind die meisten anderen Aufsätze von Gewerkschaftsfunktionär/innen (*Benz-Overhage II, Engelen-Kefer IV; Rappe III, Arens III*) bei allen unterschiedlichen Akzentsetzungen doch geprägt von alten Themen und Fragestellungen.

Während *Meyer* in seinem persönlichen Beitrag zur Programmdebatte u. a. Wert legt auf: (1) eine Zentrierung auf die Frage nach der Zukunft der Arbeit und eine gewerkschaftliche Arbeitspolitik, (2) zugleich aber auch auf einen weiten Arbeitsbegriff, (3) eine Öffnung für die Auseinandersetzungen im Spannungsfeld ökonomischer und ökologischer Herausforderungen im Zeichen von Globalisierung, Wertewandel usw.; und während er (4) bei der Frage nach sozialer Gerechtigkeit auch vom „Teilen innerhalb der Klasse“ spricht und (5) die „Inhaltsleere des Gegenmachtbegriffs“ und die „Untauglichkeit des Antagonismus von Arbeit und Kapital“ zur Erklärung der heutigen Wirklichkeit betont und (6) die Gewerkschaften vor der Herausforderung sieht, gesellschaftspolitische Gestaltungsmacht weiterhin zur Geltung zu bringen, setzt *Benz-Overhage* die Akzente ganz anders. Allerdings datiert ihr Beitrag noch deutlich vor der durch den IGM-Vorsitzenden *Zwickel* angestoßenen Diskussion um ein Bündnis für Arbeit. Hier wird lediglich eingeräumt, daß der „prinzipielle Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit“ „vielfältiger und komplexer“ geworden sei. Die Verteilungsfrage gilt ihr als Kernfrage gesell-

schaftlicher Auseinandersetzung, und verbunden mit scharfer Kritik an den Umverteilungen „zugunsten des Kapitals“ in den achtziger Jahren wird das Mai-Motto des DGB von 1992 („Teilen verbindet“) sehr zwiespältig bewertet. Vor dem Hintergrund entsprechender programmatischer Aussagen in alter gewerkschaftlicher Tradition geht es ihr darum, daß die Gewerkschaften „auch zukünftig Motor des Fortschrittsgedankens bleiben“.

Aber markant im Vergleich wissenschaftlicher und gewerkschaftlicher Beiträge zur Programmdebatte sind nicht so sehr diese Rückgriffe auf alte Verbandsideologien, die sich weiter abschwächen werden und in der wissenschaftlichen Diskussion wie auch in weiten Teilen der für die Gewerkschaften wichtigen neuen sozialen Milieus keine Resonanz mehr finden. Hervorstechend ist vielmehr, daß in allen anderen Beiträgen aus den Reihen der Gewerkschaften die unerschütterliche Orientierung an den Werten der industriellen Arbeitsgesellschaft und ihrem Institutionengebäude prägend ist: Vollbeschäftigung als nach wie vor realistisches Ziel, Erwerbsarbeit als zentrale Institution sozialer Integration in unsere Gesellschaft, Finanzierbarkeit der zentralen Institutionen sozialer Sicherung nach begrenzten Reformen, Ausbau tripartistischer Politikmuster im Bereich der Industrie- und Technologiepolitik, das sind die Stichworte. In einem Wort, es geht um die Verteidigung alter Bastionen, wobei heute auch „Mut zum Konservatismus“ (*Engelen-Kefer* IV) gefordert sei.

In bezug auf das Institutionengefüge unserer sozialstaatlichen Demokratie kann der Kontrast zu den *Beiträgen aus Wirtschaft und wirt-schaftsnaher Publizistik* kaum größer sein. Klar dominieren ultraliberale Positionen. Von der Zitierung des Sozialstaatsgebotes im Grundgesetz über die Konstatierung seiner „erschöpften Leistungsfähigkeit“ zur Kritik an der begrifflichen Unschärfe des „Hilfszeitwortes“ Sozialstaat führt *Altmann* (IV) seine Argumentation. Im Zeichen des globalisierten Wettbewerbs steht die soziale Marktwirtschaft mehr oder weniger

deutlich zur Disposition. Begriffe wie „Vergesellschaftung der Sozialpolitik“ und „öffentliche Privatisierung“ bleiben diffus. Deregulierung und Entstaatlichung, in der Sozialpolitik wie auch in der Industriepolitik sind die Devise. Letztere reduziert sich für *von Wartenberg* (III) weithin auf die „Verbesserung von Rahmenbedingungen“ durch staatliche Politik. Für *Ahlfeldt* (III) ist nationalstaatliche Industriepolitik in Zeiten globalisierter Wirtschaft ohnehin schon fast ein „Traum aus vergangenen Zeiten“. Als Akteure eines zu intensivierenden technologiepolitischen Dialogs nennt *von Wartenberg* nur Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Aber auch bei den Vertretern der Wirtschaft zeigt sich, daß ihre Argumente den Werten der industriellen Arbeitsgesellschaft verhaftet sind, freilich in anderer Einfärbung: Sie reichen hier von der Leistungsbereitschaft des Einzelnen bis hin zur Vollbeschäftigung bei marktgerechten Preisen nach dem Modell der „*working poor*“ in den USA.

Was sich so an den Beiträgen aus Wirtschaft und Gewerkschaften aufdrängt, ist das Bild der vermeintlichen Alternativen Verteidigung des alten Sozialstaates oder Herbeiführung des ultraliberalen angelsächsischen Modells, die *Lebaube* IV in seinem Beitrag über „Perspektiven eines künftigen Sozialstaates“ als „gleichermaßen tödliche Hypothesen“ charakterisiert. Für die Entwicklung des in diesen Alternativen eingeschlossenen Dritten hat heute sicherlich niemand fertige Antworten, aber immerhin gibt es aus Wissenschaft, Publizistik und Politik Anstöße, die in den vier bislang vorliegenden Sammelbänden dokumentiert sind. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß sich in den hier besprochenen Bänden am ehesten bei Autoren aus der Kirche bzw. mit Nähe zur christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft (*Hengsbach* I, *Dettling* II) noch so etwas wie visionäre Kraft - freilich diesseits verbrauchter alter Utopien - und auch die vehementeste Verteidigung der historischen Leistungen der vergangenen sozialistischen Arbeiterbewegung finden, verbunden mit der Aufforderung, auf neue Fragen neue

Antworten zu finden. Wieweit die Programmdiskussion des DGB dazu wirklich in der Lage ist, muß die Zukunft erweisen.

Helmut Martens (Dortmund)

Robert B. Reich: Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomie, Frankfurt a.M./Berlin: Ullstein, 1993, ISBN 3-550-06824-7, 415 S., DM 49,80 (amerikanischer Originaltitel: The Work of Nations, New York, 1991)

Horst Afheldt: Wohlstand für niemand? Die Marktwirtschaft entläßt ihre Kinder, München: Verlag Antje Kunstmann, 1994, ISBN 3-88897-085-7, 265 S., DM 39,80

Beide Autoren illustrieren die im Kontext der Globalisierung zunehmende soziale Ungleichheit in ihren Gesellschaften. *Afheldt* tut dies vorwiegend aus deutscher Sicht (und spricht dabei voreilig vom bereits eingetretenen Tod des Sozialstaates). *Reich* diagnostiziert, wie er es nennt, gar eine „Sezession“, d.h. eine Abspaltung des oberen Fünftels der US-amerikanischen Gesellschaft (die Anspielung auf den amerikanischen Bürgerkrieg dürfte nicht unbeabsichtigt sein). Die Unterschiede liegen hauptsächlich in den analytischen Fokussierungen. Auf die durch die Globalisierung ausgelöste Neustrukturierung von Ökonomie und Gesellschaft der Vereinigten Staaten konzentriert sich *Reich*: die Entstehung globaler Unternehmensnetzwerke und ihre neue Funktionselite, die Symbolanalytiker, die auch der soziale Gewinner ist. Bei *Afheldt* steht der destabilisierende Charakter internationaler ökonomischer Prozesse im Zentrum. Er prognostiziert, der globale Standortwettbewerb um die niedrigsten Löhne und Sozialnormen führe zu einer Spirale nach unten.

Reich konstatiert in den USA eine Schieflage der Einkommensverteilung: 1990 erhielt das

ärmste Fünftel der US-Bürger nur 3,7% des Volkseinkommens (1970 waren es 5,5%), das reichste Fünftel erhielt mehr als die Hälfte und die reichsten 5% über 26% des Volkseinkommens. Das ist der größte Anteil des reichsten Fünftels am Volkseinkommen in der Geschichte der USA überhaupt. Zugleich fallen immer mehr Arbeitende unter die offizielle Armutsgrenze: Mehr als die Hälfte der 32,5 Millionen Amerikaner, deren Einkommen unter der offiziellen Armutsgrenze lag, lebten in Haushalten mit wenigstens einem arbeitenden Familienmitglied. Diese Entwicklung hin zu extremer Ungleichheit ist, so *Reich*, primär durch Arbeitsmarktentwicklungen verursacht. Staatliche Politik begünstigte aber die Entwicklung zur Ungleichheit. Während die Steuerbelastung zwischen 1969 und 1989 insgesamt kaum stieg, wurde das Steuer- und Abgabensystem regressiv umgestaltet: Sozialversicherungssteuern, Umsatzsteuern, Straßenbenutzungsgebühren und das Wassergeld wurden erhöht, der Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer wurde dagegen gesenkt. Begleitet wird diese ungerechte Besteuerung von einem Niedergang der öffentlichen Investitionen - auch im Bildungssektor. Mittlerweile sinkt der Anteil der College-Studenten an der Gesamtbevölkerung, wofür steigende Studiengebühren, sinkende Familieneinkommen in den mittleren und unteren Rängen und eine sinkende staatliche Unterstützung verantwortlich sind. Die gleichzeitige Absetzbewegung der Reichen wird bei Niedergang staatlicher Infrastruktur erst durch Schaffung privater Infrastruktur bei Sicherheitspersonal, Freizeiteinrichtungen, Schulen und Universitäten möglich.

Für die Bundesrepublik konstatiert *Afheldt* ähnliche Entwicklungen. Er zeigt auf, daß hier seit Beginn der 80er Jahre die Arbeitnehmer nicht mehr am Zuwachs des Bruttosozialprodukts partizipieren: Während zwischen 1980 und 1990 das Bruttosozialprodukt real um 23% zunahm, stiegen in diesem Zeitraum die Nettolöhne real praktisch nicht mehr. Die Finanzierung staatlicher Tätigkeit erfolgte auch hier stärker zu Lasten der Lohnabhängigen: 1991 hätten diese etwa 20% mehr von jeder Mark

ihres Einkommens versteuern müssen als die Bezieher von Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Zwar kann *Afheldt* die Einkommensverteilung nicht beziffern, aber die Vermögensverteilung in der Bundesrepublik nähert sich, so der Autor, der eines Entwicklungslandes: Denn die obersten 10% der Einkommensbezieher verfügen über 50% des gesamten Vermögens, die untere Hälfte dagegen nur über 2,5%. In Deutschland leben nach den USA und noch vor Japan weltweit die meisten Milliardäre. Fast ein Viertel der hundert Reichsten der Welt kommt aus der Bundesrepublik, während es im gesamten übrigen EG-Raum nur 11% sind.

Der analytische Beitrag *Reichs* liegt in der Behauptung, daß das Konzept einer nationalen Wirtschaft zunehmend bedeutungslos geworden sei. Aus den amerikanischen Kernunternehmen wurden globale Unternehmensnetzwerke, die weltweit auf der Suche nach den günstigsten Verwertungsbedingungen sind und deren Erfolg nur selten mit dem Wohl des Landes, in welchem sie einmal gegründet wurden, zusammenfalle. Angesichts des breiten Raumes, den *Reichs* Ausführungen zum „globalen Netz“ einnehmen, bleiben die Aussagen zur Organisation der Netzwerke jedoch meist nebulös. Eine gute Arbeitshypothese ist dagegen seine These zur Internationalisierung des Arbeitsmarktes: Das Einkommen des Einzelnen hänge (zunehmend) davon ab, welchen Wert (ein häufig gebrauchter, aber undefinierter Begriff) er der Weltwirtschaft hinzufügen könne. Die Gruppe, welche *Reich* „Symbolanalytiker“ nennt: also Manager, Banker, Rechtsanwälte, Organisationsfachleute, Marketingspezialisten etc., gehören deshalb zu den Gewinnern. Routinearbeiter dagegen sind die Verlierer, da sie immer mehr mit Arbeitern der Entwicklungsländer konkurrieren. Ebenfalls unter Druck geraten die Einkommen der Dienstleistenden mit einfachen Tätigkeiten: erstens hängen diese indirekt von der Nachfrage der Routinearbeiter ab, zweitens ist die Konkurrenz mit ehemaligen Routinearbeitern sowie Arbeitsimmigranten groß.

Reichs Ausführungen sind auch für die Berufsbildungsforschung erhellend: Die Aufgaben des Symbolanalytikers bestehen darin, Pro-

bleme zu lösen, Problemlösungen zu koordinieren und zu vermarkten. Charakteristisch ist der Bedeutungsverlust von Fachwissen (welches gegebenenfalls kurzfristig angeeignet wird) und die zunehmend relevanter werdende Fähigkeit, Wissen effizient und kreativ einzusetzen. Daß Titel kaum Auskunft über die Tätigkeit geben und damit beliebig werden, kann als Aufbrechen *alter* Hierarchien und als Auflösung der Berufe - jedenfalls für dieses Fünftel der Beschäftigten in den USA - gedeutet werden.

Die zunehmende Bedeutung symbolanalytischer Fähigkeiten macht *Reich* zum Ansatz seiner politischen Strategie: Er will über Bildung größeren Teilen der Gesellschaft den Zugang zu symbolanalytischen oder ähnlichen Berufen ermöglichen. Er selbst sieht dabei zwei Probleme: Erstens dürfte es nicht allen Gesellschaftsmitgliedern möglich sein, eine entsprechende Bildung zu erwerben. Zweitens erforderten die notwendigen Bildungsinvestitionen zusätzliche staatliche Mittel, was einen entsprechenden Tribut der Symbolanalytiker notwendig machte. Das Kernproblem besteht nun darin, daß diese sich bereits vom Rest der Gesellschaft abgesetzt haben. Dieses Dilemma überbrückt *Reich* durch kommunitaristisch inspirierte Appelle an den Gemeinsinn. Abschließend plädiert er für einen „positiven Wirtschaftsnationalismus“, der die Interessen der eigenen Nation in Kooperation mit anderen Nationen wahrnimmt.

Afheldt macht für die Verteilungssituation in der Bundesrepublik marktseitig zwei Ursachen aus, die etwas unverbunden nebeneinander stehen: (1) Rationalisierung bei zunehmender Kapitalintensität (Kapitalausstattung pro Arbeitsplatz), wodurch der Anteil der Löhne sinke (zudem sinkt zugleich die Kapitalrendite und damit der Anreiz zur Investition und zur Schaffung von Arbeitsplätzen), (2) die Abwanderung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer ohne sozialstaatliche Regelungen. Nach *Afheldts* Ansicht kommt es aber nicht, wie nach herrschender neoklassischer Wirtschaftstheorie zu erwarten, zu einem Anstieg von Löhnen und Sozialstandards in diesen Ländern, was den Druck auf die Löhne in den Industrieländern mindern wür-

de. Er stellt statt dessen die These vom „Wanderzirkus“ auf: Durch ständige Produktionsverlagerungen (oder durch die ständige Drohung mit ihnen) konkurrierten auch die Billiglohnländer untereinander um die niedrigsten Löhne, woraus in der Lohnentwicklung weltweit eine Spirale nach unten folge: Arbeit werde „billig wie Dreck“.

Der Staat könne in seiner aktuellen Verfaßtheit diese Entwicklung nicht aufhalten. Seine Position sei schon durch die wachsende Staatsverschuldung, die er zunehmenden Krisenlasten bei abnehmender Steuerprogression erklärt, geschwächt. Die Herausbildung internationaler Kapitalmärkte und die Tendenz zu internationaler Konzentration habe zu einem Verlust staatlicher Interventionsmöglichkeiten geführt: „Das weltweit frei agierende Kapital hat keinen Gegenspieler mehr.“

Afheldts Ausführungen stehen teilweise im Widerspruch zur Neoklassik, welche einen Rückgang der Löhne in den Industrieländern, aber deren Anstieg in den Entwicklungsländern prognostiziert. Er entwickelt seine Thesen, ohne sich an einer bestimmten Wirtschaftstheorie zu orientieren. Ohne dies zu explizieren, kombiniert er Theorieelemente der Neoklassik (unter Verwendung von Geldpreisen) mit der bei Keynes und Myrdal entlehnten Annahme der Instabilität ökonomischer Prozesse. *Afheldts Prognosen* sind zwar plausibel, aber bestenfalls Skizzen und keine präzise Beweisführung. Leider fehlen hier empirische Belege seiner These, was ansonsten die Stärke des Buches ausmacht.

Sein Lösungsvorschlag besteht in einem kühnen Gegenentwurf, der zwei Konzepte verbindet: das des Ordoliberalismus und das der Weltregionen. Nach dem Ordoliberalismus müssen Märkte zur Realisierung gesellschaftlicher Ziele reguliert werden, was politische Macht über den gesamten Markt erfordere. Das Konzept der Weltregionen wird hier als die Anwendung der Marktprinzipien auf einen geographisch beschränkten Raum verstanden, der zugleich ausreichend groß genug sein muß, um wirtschaftlich effizient produzieren zu können. Er empfiehlt deshalb, den europäischen Integrationsprozeß voranzubringen, Europa aber zu-

gleich vor Auslandskonkurrenz zu schützen. Mit seinem Lösungsvorschlag stellen sich aber drei Fragen: Ist diese Strategie realistisch? Die amerikanischen Erfahrungen zeigen, so *Reich*, daß Handelsprotektionismus Produktionsverlagerungen nicht verhindern kann. Birgt diese Strategie nicht die Gefahr in sich, einen Destabilisierungsfaktor durch einen anderen einzutauschen? Die Erfahrung der Depression der 30er Jahre ist, daß sie sich durch den Handelskrieg der Industrienationen, damals in Form von Abwertungswettläufen, verschärfte. Und nicht zuletzt: Ist diese Strategie konsistent? Denn das Problem sinkender Profitraten infolge der steigenden Kapitalintensität verschwindet durch die Perspektive eines europäischen Protektionismus, die bisweilen etwas idyllisch ausgemalt wird, nicht.

Michael Mohri (Köln)

Werner Fricke (Hg.): *Jahrbuch Arbeit und Technik 1995. Zukunft des Sozialstaates*, Bonn: J.H.W.Dietz Nachf., 1995, ISBN 3-8012-4064-0, XIV u. 381 S., DM 35,-

Eckart Reidegeld: *Staatliche Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und theoretische Analyse von den Ursprüngen bis 1918*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1996, ISBN 3-531-12780-2, 412 S., DM 64,-

Der moderne Sozialstaat genoß in der Politik lange Zeit parteiübergreifende Akzeptanz; in der Sozialwissenschaft galt er als evolutionäre Universalie der Moderne. Der politische Konsens ist dahin, und für die Sozialwissenschaft stellt sich, zumal angesichts der jüngsten Entwicklungen in den USA, die Frage, ob der moderne Sozialstaat nicht vielmehr eine *historische* Erscheinung ist, die aus spezifischen geschichtlichen Bedingungen erwuchs und heute nicht mehr zeitgemäß ist. Angesichts dieser

Gemengelage nimmt man gespannt einen Sammelband mit dem Titel „Die Zukunft des Sozialstaates“ mit insgesamt 32 Beiträgen namhafter Politiker/-innen und Sozialwissenschaftler/-innen zur Hand. Er ist in fünf Themenbereiche untergliedert: die gegenwärtige Diskussion zur Situation des Sozialstaats in Deutschland, die Zukunft des Sozialstaats, einzelne sozialstaatliche Gestaltungsfelder, europäische Sozialpolitik sowie Probleme und Perspektiven des Sozialstaats in anderen Ländern.

Der begrenzte Raum läßt nur eine summarische Würdigung zu. Die Stärke des Bandes liegt in der empirischen Bestandsaufnahme bestehender Sozialstaatlichkeit. Dazu tragen insbesondere die Aufsätze über Europa und andere Länder bei. Von den (sozialdemokratischen) Politikern werden die historischen Errungenschaften des modernen Sozialstaates herausgestellt, am eindrucksvollsten bei *Rudolf Dressler*. Sie machen deutlich, daß das Sozialstaatsprinzip nicht leichtfertig über Bord geworfen werden sollte. Im übrigen zeigen z.B. *Leibfried/Leisering*, daß der Sozialstaat auch in seiner heutigen Gestalt besser ist als sein Ruf. Dank der Sozialhilfe hat sich bislang keine größere Schicht von Dauerarmen herausgebildet. Noch ist Armut vorwiegend transitorisch, politische Eruptionen, vergleichbar denen der 30er Jahre, sind bislang ausgeblieben.

Was aber das eigentliche Thema, die „Zukunft des Sozialstaates“ anbetrifft, so bringt der Band so sehr viel nicht. Vielleicht war der Raum für die einzelnen Beiträge zu knapp bemessen. Wie auch immer: die meisten Reformvorschläge bewegen sich im Rahmen der althergebrachten Institutionen. Die Sozialsysteme sollen von versicherungsfremden Leistungen befreit werden. Die Arbeitslosigkeit ist zu bekämpfen, um die Sicherungssysteme zu entlasten. Die vorgelegerten Systeme sollen „armutsfest“ gemacht werden, damit Sozialhilfe nur in Ausnahmefällen in Anspruch genommen werden muß.

Lepsius (6) weist darauf hin, daß die Verfügungsmasse sozialstaatlicher (Um)Verteilung vom funktionierenden Tarifvertragssystem (bzw. der Lohnhöhe) abhängt. Gerade auf diesem Feld ist eine Menge in Bewegung geraten;

der Flächentarifvertrag ist gefährdet (vgl. dazu den Beitrag von *Walter Riestler*), den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden laufen die Mitglieder davon. Unter diesen Umständen sind, zumal bei zunehmend schwierigen internationalen Konkurrenzbedingungen, niedrigere Reallöhne und sinkender sozialpolitischer Spielraum zu erwarten. Angesagt ist somit eine effektive und effiziente Sozialpolitik.

So gesehen, hätte ein Band über „Zukunft des Sozialstaates“ zu diskutieren, ob ein Sozialstaat mit 37 Behörden und 152 Sozialleistungen dieser Maxime entsprechen kann oder ob heute Sozialstaatlichkeit nicht in grundsätzlich neuen institutionellen Formen organisiert werden sollte oder muß. Dies geschieht aber nur im Beitrag von *Warnfried Dettling*. Hier wird, allerdings eher rudimentär, *Joachim Mitschkes* Bürgergeldkonzept via negativer Einkommenssteuer aufgegriffen. Ansonsten beherrscht weitgehend der *status quo* das Denken. Das wird man den Sozialpolitikern, die im politischen Tagesgeschäft gegen ständige neokonservative Attacken auf den Wohlfahrtsstaat mit dem Rücken zur Wand stehen, leicht nachsehen. Unsere Wissenschaft muß sich allerdings fragen lassen, ob sie - nach mancherlei Utopismus ohne Bodenhaftung in den 70er Jahren - heute gedanklich zu sehr am Bestehenden klebt und Gefahr läuft, nach dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ ein weiteres Mal intellektuell hilflos von der gesellschaftlichen Entwicklung überrollt zu werden. Wo die Visionen fehlen, hat es auch die Antizipation schwer.

Wie alles anfang mit dem modernen Sozialstaat in Deutschland, beschreibt *Eckart Reidegelds* Arbeit „Staatliche Sozialpolitik in Deutschland“. Sie verfolgt auch einen theoretischen Anspruch. Unter Bezug auf die ältere Sozialpolitikwissenschaft möchte sie „den Herrschaftscharakter staatlicher Sozialpolitik“ nachweisen, der „heute weitgehend aus dem sozialwissenschaftlichen Blick geraten“ sei (13). Der Herrschaftscharakter ist für den Untersuchungsraum nicht von der Hand zu weisen; aber ist der paternalistische Bismarcksche Sozialstaat ein geeignetes Sample für verallgemeinernde theoretische Aussagen über den modernen Sozial-

staat, der sich vorwiegend unter demokratischen Bedingungen entfaltet? Der Wohlfahrtsstaat skandinavischer Prägung etwa oder die Beveridge-Ära in Großbritannien können schwerlich für die These herhalten, „daß nämlich die staatliche Sozialpolitik immer (!) nur ein Mittel der Festigung staatlicher Herrschaft und gesellschaftlicher Ordnung ist“ (22). Mit der anfechtbaren Grundthese korrespondiert die Definition, daß „staatliche Sozialpolitik“ als „eine Handlungsstrategie“ zu verstehen ist, „die in erster Linie bewirken soll, daß sich bestimmte soziale Gruppen, Schichten und Klassen in die jeweils ‘gegebene’ soziale und politische Ordnung ‘fügen’, in die sie als Unterprivilegierte und Fremdbestimmte ‘eingebaut’ sind“ (12).

Der theoretische Reduktionismus am Anfang, gepaart mit begrifflicher Unschärfe, läßt nicht viel Gutes für das weitere Buch erwarten. Glücklicherweise kommt alles ganz anders. Dem Autor gelingt eine Darstellung früher deutscher Sozialpolitik, die sich sehen lassen kann. Er behandelt den vormärzlichen Pauperismus als Ausgangslage (Kap. 2), schildert die frühe sozialpolitische Diskussion (Kap. 3), beschreibt das Versicherungs- und Kassenwesen (Kap. 4) und analysiert die Arbeiterpolitik in der Ära des Imperialismus (Kap. 5) und des Ersten Weltkriegs (Kap. 6). Bei alledem wird nicht irgendeine theoretische Schablone mit dem passenden historischen Material ausgefüllt. Hier wird geschichtlich-gesellschaftliches Geschehen in einer für Sozialwissenschaftler/-innen sehr respektablen Weise aus den Quellen heraus erarbeitet. Dem Autor gelingt eine differenzierte und doch dichte, historisch gehaltvolle Darstellung von hohem Informationswert insbesondere für sozialpolitisch interessierte Sozialwissenschaftler/-innen, die eines theoretischen Feigenblattes - zumal eines so schlecht sitzenden - eigentlich nicht bedurft hätte. Wenn aber doch in dieser Sache ein theoretischer Anspruch verfolgt wird, so wäre - insbesondere für die Zeit vor dem ersten Weltkrieg - eine stärker komparative Perspektive mit der westeuropäischen Entwicklung vonnöten. Sie würde vermutlich zeigen, daß sozialpolitische Reformen, gelegentlich nach deutschem Vorbild (England),

mit dem *Abbau* traditionaler Herrschaftspositionen zusammenfallen (z.B. Entmachtung des Oberhauses in England).

Fazit: Wem es um ein *theoretisches* Verständnis moderner Sozialpolitik geht, der sollte sich besser weiterhin an den Klassiker *Eduard Heimann* halten, der in seiner späten „Sozialen Theorie der Wirtschaftssysteme“ (1963) die von *Reidegeld* inkriminierten Restbestände früherer Geschichtsteologie entfernt hat. Wer aber zu einem *historischen* Verständnis früher deutscher Sozialpolitik gelangen will, der ist mit *Erich Reidegelds* Studie bestens bedient.

Volker Kruse (Bielefeld)

Achim Trube: Fiskalische und soziale Kosten-Nutzen-Analyse örtlicher Beschäftigungsförderung. Eine exemplarische Untersuchung, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB) 189, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1995, X u. 349 S., DM 25,-

Matthias Knuth: Drehscheiben im Strukturwandel. Agenturen für Mobilitäts-, Arbeits- und Strukturförderung, Berlin: edition sigma, 1996, ISBN 3-89404-4090-8, 392 S., DM 44,-

Achim Trube hat den Versuch unternommen, ein methodisches Paradigma zur Bestimmung der fiskalischen und sozialen Kosten-Nutzen-Analyse örtlicher Beschäftigungsförderung auszuwerten. Die Wahl der Untersuchungsebene macht Sinn, weil in den letzten Jahren die Kommunen verstärkt mit dem Problem Langzeitarbeitslosigkeit konfrontiert werden. Ausgangspunkt war ein Auftrag der Stadt Düsseldorf an die Universität Essen herauszufinden, inwieweit die Eigenmittel der Kommune für kommunale Arbeitsmarktmaßnahmen sich fiskalisch-monetär lohnen. Darüber hinaus sollten in einer Art Sozialbilanz auch die immateriellen Kosten/

Nutzen-Aspekte der Maßnahmen veranschaulicht werden, indem die psycho-sozialen Belastungen durch Arbeitslosigkeit möglichen Entlastungen durch Beschäftigungsförderung gegenübergestellt werden.

Trube begründet diesen Ansatz methodischer "Doppelstrategie" damit, daß es bei Leistungen der Öffentlichen Verwaltung nicht ausschließlich um die Effizienz - also den Grad der Wirtschaftlichkeit -, sondern typischerweise zumindest gleichrangig auch um die Effektivität - also den Grad der Zielerreichung - gehe. Es war klug, damit nicht in die betriebswirtschaftlich verengte Legitimationsfalle für aktive Arbeitsmarktpolitik hineinzutappen. Haushaltswirksame Einnahmen, Einsparungen, Einwerbungen von nicht-kommunalen Fremdmitteln und Wertschöpfungen durch die geförderte Arbeit waren für die fiskalische Seite als Rechnungseinheiten relevant. Für die psycho-sozial-somatische Seite wurden die Selbsteinschätzungen der individuell von Arbeitslosigkeit Betroffenen in und außerhalb von Arbeitsmarktprojekten in bezug auf ihre Spielräume im Hinblick auf Arbeit und Beruf, Kontakte und Kooperation, Partizipation, Disposition, Befindlichkeit und Entwicklung sowie gesellschaftspolitische Integration ausgewertet.

Der Autor untersuchte acht Projekte bei fünf verschiedenen Beschäftigungsträgern, deren Auswahl nicht nach stochastischen Gesichtspunkten erfolgte, sondern sich daran orientierte, das gesamte Spektrum von Maßnahmen kommunaler Arbeitsmarktaktivitäten zu erfassen (Projekte für Jugendliche, Frauen, Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger). Die Individualuntersuchungen bezogen sich auf 231 Personen, bei 30% wurden standardisierte Befragungen durchgeführt und Sozialleistungsdaten erfaßt. Die Ergebnisse erlauben allerdings keine repräsentativen Aussagen, da sie nur aus exemplarischen Analysen abgeleitet wurden.

Für die kommunalpolitische Diskussion über die Kosten und Nutzen aktiver Arbeitsmarktpolitik bietet die Studie nützliche Informationen, denn zunehmend gilt der Imperativ, was sich nicht in Zahlen ausdrücken läßt, zählt immer

weniger als real. Die seitens der Kommune für die Projektförderung eingesetzten Mittel amortisierten sich aufgrund der Einmündung der Maßnahmeteilnehmer/-innen spätestens im dritten Projektfolgejahr. In der Sozialbilanz zeigt der Vergleich zwischen den Teilnehmern von Projekt-Beschäftigten und Arbeitslosen, daß sich durch die Arbeitsmarktprojekte Probleme wie mangelnde Sozialkontakte auflösten, Überflüssigkeitsgefühle und Niedergeschlagenheit sich signifikant reduzierten. Überraschend sind diese Befunde freilich nicht.

Was westdeutsche Kommunen konzentriert erlebten, bestimmte in den neuen Bundesländern flächendeckend die gesellschaftlichen Verhältnisse. Der abrupte Systemwechsel zwischen 1989 bis 1993 hatte 40% der Arbeitsplätze gekostet. Daß sich jedoch nur ein Drittel statistisch als Arbeitslosigkeit niederschlug, verdankte sich vor allem dem Einsatz von Arbeitsförderungsmaßnahmen. Einen wachsenden Anteil an deren Implementation hatten Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung (ABS-Gesellschaften), deren Probleme, Organisationsformen und arbeitsmarkt- und strukturpolitische Ergebnisse Gegenstand der Dissertation von *Matthias Knuth* sind. Der Autor nahm, trotz gewisser Ansätze in der Vorbereitungsphase seiner Dissertation, wieder davon Abstand, die Rolle von ABS-Gesellschaften theoretisch ambitioniert im Kontext der Transformation eines realsozialistischen Gesellschaftssystems in ein kapitalistisches zu interpretieren.

Das Buch gliedert sich in neun Abschnitte. Da dem Autor die Instrumente der westdeutschen Arbeitsmarktpolitik aus eigener Forschung bestens vertraut sind, gelingt ihm eine kenntnisreiche Skizzierung der Konzeption und Praxis westdeutscher Beschäftigungspläne und -gesellschaften, ohne die die Konstruktion der ABS-Gesellschaften in Ostdeutschland nicht wirklich verstanden werden kann. In dem Kapitel "Arbeitsmarktpolitik im Systemtransfer" finden die Leserinnen und Leser einen sehr informativen Überblick über die Gründung von ABS-Gesellschaften unter den wechselnden Rahmen-

bedingungen der Treuhand und ostdeutschen Arbeitsmarktpolitik.

Den empirischen Kern der Studie bilden elf Fallstudien von ABS-Gesellschaften, die der Autor zwischen Oktober 1992 und August 1993 untersuchte. Obwohl der Leser/die Leserin bei der Lektüre des Buches nie außer acht lassen sollte, daß es sich in diesen Fallstudien um exemplarische Momentaufnahmen handelt, lernt er/sie die spezifischen Funktionsweisen der Gesellschaften in den Prozessen der sozial regulierten Personalausgliederung aus Treuhand-Unternehmen durch *Knuths* Einteilung von ABS-Gesellschaften in Agenturen mit und ohne betrieblichen Hintergrund besser verstehen.

Ein Resümee lautet, daß die Arbeitsmarktpolitik schrittweise Regeln herausgebildet hat, durch die ABS-Gesellschaften gegenüber anderen Trägern privilegiert wurden. Allerdings seien die empirischen Ergebnisse bezüglich der Schaffung erwerbswirtschaftlicher Arbeitsplätze hingegen mehr als ernüchternd. Auch im Vergleich zu anderen ostdeutschen Maßnahmenträgern schienen die ABS-Gesellschaften hinsichtlich der Wiedereingliederung der Teilnehmer/-innen in den regulären Arbeitsmarkt nicht erfolgreicher gewesen zu sein. "Dieses Defizit ist nicht nur ein faktisches, sondern auch ein konzeptionelles" (254). *Knuth* bemängelt, daß die einschlägigen gewerkschaftlichen Konzepte für Beschäftigungsgesellschaften nicht die gezielte Neuorientierung der Arbeitskräfte und individuelle Unterstützung bei der Suche nach neuer dauerhafter Beschäftigung vorsahen.

Seine These verdrängt jedoch merkwürdigerweise, daß weder der reguläre ost- noch der westdeutsche Arbeitsmarkt in nennenswertem Ausmaß aufnahmebereit war/ist. Mobilität auf dem Arbeitsmarkt zu fördern, mag in Einzelfällen opportun sein, diese als strategischen Ansatz zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit in den nächsten Jahren auszugestalten, scheint dem Rezensenten bislang jedoch nicht überzeugungsstark. Im Zweifelsfall dient der Rekurs darauf nur als weiteres Druckmittel gegenüber den Opfern verfehlter Gesellschaftspolitik. Dennoch dürfte *Knuth* einen Klassiker

über die ostdeutsche Arbeitsmarktpolitik zu Beginn der 90er Jahre vorgelegt haben.

Ingo Zander (Kerpen)

*Günther Ortman*n: Formen der Produktion. Organisation und Rekursivität, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1995, ISBN 3-531-12669-5, 461 S., DM 69,-

*Günther Ortman*n, Betriebswirtschaftler aus Wuppertal, hat sich in den letzten Jahren dadurch einen Namen gemacht, daß er die Bedeutung mikropolitischen Prozesse für Entscheidungen in Organisationen herausgearbeitet hat. Dies verstand er zugleich als Kritik am *mainstream* der Industriosozologie, der er den häufig anzutreffenden objektivistischen *bias* vorwarf. *Ortman*n grenzt sich deutlich ab von allen Überlegungen, die einen *one best way* der Rationalisierung annehmen, und stellt statt dessen heraus, daß die jeweiligen Formen der Produktion kontingent und von vielfältigen institutionellen Bedingungen abhängig seien. So einleuchtend dieses ist, so sehr wirft es freilich auch die Frage auf, weswegen die Formen der Produktion denn nun so sind, wie sie sind. Und dieses ist Thema der Sammlung von Aufsätzen, die *Ortman*n in seinem Buch zusammengeführt hat.

Der erste Teil, "Mikropolitik, Strukturati-on, Rekursivität", stellt gewissermaßen den theoretischen Rahmen der Überlegungen von *Ortman*n dar. Hier sind zwei ältere Aufsätze abgedruckt, die sich insbesondere mit dem Problem der Macht in Organisationen beschäftigen, sowie zwei eigens für dieses Buch verfaßte Aufsätze, in denen er den für ihn neuerdings zentralen Begriff der Rekursivität erläutert. Unter Rekursivität versteht er "die iterative Anwendung einer Operation oder Transformation auf ihr eigenes Resultat" (81). Dies meint nichts anderes, als daß Handelnde durch ihr Handeln die Bedingungen strukturieren und reproduzieren, die ihr Handeln ermöglichen und restringie-

ren; Anklänge an *Giddens* sind hier nicht nur möglich, sondern werden von *Ortmann* so auch hergestellt. Der zweite wichtige Begriff ist der der Viabilität, unter dem er all das zusammenfaßt, was sich angesichts der durch rekursive Operationen hervorgebrachten Restriktionen und Ermöglicungen als lebensfähig erweist.

Unter den Aspekten von Rekursivität und Viabilität wird dann der Computereinsatz in Unternehmen untersucht, die in der Industriosozologie weitverbreitete Annahme einer systemischen Rationalisierung auf ihre Haltbarkeit überprüft sowie die Realisierung schlanker Produktion in den Unternehmen wie auch der sich daran entzündende innerwissenschaftliche Diskurs unter die Lupe genommen. Dazwischen werden in einem eigenen Teil Überlegungen zum Verhältnis von Konsens, Kontrolle und Kritik sowie eine recht fundamentale Kritik an der Industriosozologie geschaltet.

Dies ist zum Teil recht kompliziert - man vergleiche etwa die Ausführungen über interpretative, normative und herrschaftliche Viabilität, mit der die Form "*Lean*" erklärt werden soll -, es ist aber jederzeit anregend. Es gibt vielfältige Anknüpfungspunkte an den industriosozologischen Diskurs über unterschiedliche Rationalisierungsstrategien. Anregend ist auch sicherlich der Sprachduktus des Autors, den man allerdings "mögen" muß; die Mischung von zum Teil eher essayistisch gehaltenen Ausführungen auf der einen und hoch-abstrakter Wissenschaftssprache auf der anderen Seite ist sicher gewöhnungsbedürftig.

Ich für meinen Teil habe dieses Buch jedenfalls in vieler Hinsicht mit Gewinn gelesen. Ärgerlich ist freilich, daß es sich bei rund der Hälfte der Beiträge in dem Buch um bereits veröffentlichte Aufsätze handelt, die keinesfalls so schwer zugänglich sind, daß sie hier noch einmal veröffentlicht werden müßten; in einem Fall handelt es sich zudem um einen Beitrag, der fast zeitgleich auch in einem Sonderband der "Sozialen Welt" erschienen ist. Insofern hätte mir eine Publikation der bisher nicht veröffentlichten Manuskripte durchaus ausgereicht, was zudem nicht nur den voluminösen Umfang um die Hälfte reduziert, sondern

auch zu einer Minimierung des stolzen Preises beigetragen hätte und damit auch zu einer weiten Verbreitung - die ich dem Buch durchaus wünsche.

Heiner Minssen (Bochum)

Klaus Ruth: Industriekultur als Determinante der Technikentwicklung. Ein Ländervergleich Japan - Deutschland - U.S.A., Berlin: edition sigma, 1995, ISBN 3-89404-401-2, 217 S., DM 32,80

Nicht unwesentliche Anstrengungen werden seit einiger Zeit sowohl in der Industriosozologie als auch in der Techniksoziologie unternommen, um der Entwicklung und Anwendung von Technologien mit Hilfe übergreifender und generalisierungsfähiger Konzepte nachzuspüren. Wie können heterogene Ansätze aus der soziologischen Handlungs- und Systemtheorie, der ökonomischen Innovationstheorie, der Techniksoziologie (mit bezug auf konstruktivistische Ansätze) sowie der Industrie- und Arbeitssoziologie zu einem aussagekräftigen Erklärungsansatz gebündelt und transformiert werden? Dies ist die Fragestellung von *Klaus Ruth*, die er in die Ausarbeitung eines Industriekulturansatzes einmünden läßt. Bezugspunkte sowohl der theoretischen Fundierung des Industriekulturansatzes als auch dessen anschließender empirischer Überprüfung am Beispiel der CNC-Werkzeugmaschinenbauentwicklung in drei Ländern (103ff.) sind mehrere international vergleichende Forschungsprojekte. Diese Projekte wurden vom Bremer Institut Technik und Bildung sowie dessen Kooperationspartnern durchgeführt und beziehen sich auf die Vergleichsländer Deutschland, Japan und die U.S.A.

Was ist nun der Kern des Industriekulturansatzes? Insbesondere in Abgrenzung zu rein ökonomischen und technikdeterministischen Konzepten ist es *Ruths* zentrale These, daß vor allem industriekulturelle Determinanten für die Entwicklung und Anwendung von Techniken

verantwortlich gemacht werden können (12). Um jedoch nicht einem kulturalistischem Determinismus aufzusitzen, kommt es dem Autor darauf an, eine plausible Verknüpfung des Industriekulturansatzes mit handlungstheoretischen Konzepten herzustellen, ohne zudem den technikoziologischen Bezug zu verlieren. Als Lösung bietet sich für *Ruth* eine sogenannte „Handlungs-Industriekultur-Helix“ an, also eine „Spirale mit zwei zu jedem Zeitpunkt wechselwirkenden, parallel verlaufenden ‚Interpretationsästen‘“ (93), welche einerseits die handlungskonstituierenden und andererseits die industriekulturkonstituierenden Teilprozesse deutbar machen. Unter Verwendung eines breiten Technikbegriffs, welcher sowohl materielle als auch symbolische Artefakte beinhaltet (29, 89ff.) und welcher darauf abzielt, daß Techniken sowohl Bedingung als auch Resultat von Handlungen sind (49), können Einzeltechniken dann in der Helix verortet werden.

Im zentralen, dafür aber etwas knappen 5. Kapitel werden fünf generelle Dimensionen von Industriekultur (gesellschaftliche Institutionen, industrielle Organisation, Bildung, Politik, Psychologie) herausgearbeitet und zu einem Pentagon verknüpft. Um - wie der Autor es formuliert - sich nicht in „vulgärsystemtheoretischen Binsenweisheiten“ (86) zu ergehen, daß schließlich alles mit allem irgendwie zusammenhängt, erfolgen die weiteren theoretischen Überlegungen aus der Perspektive einer Leitdimension, nämlich den Leitbildern und Problemlösungsperspektiven von Ingenieuren.

Mit dem die Arbeit abschließenden, umfangreichen Plausibilitätstest anhand der CNC-Werkzeugmaschinenentwicklungen in den drei Ländern können nur einige Problemausschnitte des theoretischen Konzeptes überprüft werden - darauf weist *Ruth* selbst mehrfach hin (13, 103). Hier werden zuerst primär artefaktbezogen die nationalen Entwicklungspfade der NC-Technologie und anschließend die nationalspezifischen Charakteristika der CNC-Entwicklungen nachgezeichnet.

Ogleich die Analysen vorwiegend auf die Benutzeroberflächen der Steuerungstechniken konzentriert sind, gelingt es *Ruth* überzeugend,

unterschiedliche Haupt- und Nebenentwicklungen der CNC-Technologie in den drei Ländern herauszuarbeiten und anhand der theoretischen Dimensionen zu begründen. Um die Überzeugungskraft seiner Aussagen beim derzeitigen Auseinanderbrechen etwa des deutschen ‚Innovationsmusters‘ zu erhöhen, wäre es vielleicht angebracht gewesen, nicht nur vorwiegend retrospektiv vorzugehen, sondern prospektiv auch die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der CNC-Technologie stärker in den Blick zu nehmen. Das ließe sich jedoch nachholen und man darf darauf gespannt sein, wie es zukünftig gelingen wird, den Industriekulturansatz theoretisch zu verfeinern und empirisch in weiteren Projekten abzusichern.

Michael Jonas (Dortmund)

Christian Stegbauer: Electronic Mail und Organisation: Partizipation, Mikropolitik und soziale Integration von Kommunikationsmedien. Göttingen: Verlag Otto Schwartz u. Co., 1995, ISBN 3-509-01685-8, VIII u. 238 S., DM 68,-

Der Titel weckt Erwartungen nach neuen und erweiterten Möglichkeiten betrieblicher Demokratie: An dem Beispiel einer Kommunikationstechnologie - dem E-Mail - sollen sowohl das soziale Umfeld als auch die Handlungsoptionen der beteiligten Akteure untersucht werden.

Ausgehend von Perspektiven und Problemen der klassischen Organisationslehre (*Weber, Taylor*) diskutiert *Christian Stegbauer* den Forschungsstand zum Thema E-Mail. Den Rahmen der Untersuchung bildet die Analyse des Verhältnisses zwischen Kommunikationstechnologien und neueren Managementkonzepten. Eine der zentralen Fragen der Untersuchung ist, ob Partizipation durch die neuen Medien befördert bzw. ob die Möglichkeit der Beteiligung durch alle Mitarbeiter genutzt wird. Eine weitere zentrale These, die im 6. Kapitel ausgeführt wird, ist, daß es nicht die medienimmanenten

Eigenschaften seien, die die Anwendung bestimmten, sondern daß es sich um einen sozialen Prozeß handele, der durch die Spezifika der Einführung schon wesentlich bestimmt sei, sowohl was die Akzeptanz bei den Beschäftigten als auch was die Herausbildung von Normen im Umgang mit den Medien betreffe.

Die empirische Basis der Erörterungen stellt die Untersuchung eines Marketing-Forschungsunternehmens dar, in dem E-Mail schon seit mehr als 1 1/2 Jahren eingeführt ist. Der Autor schöpft aus verschiedenen Quellen: Er kann auf persönliche Erfahrungen zurückgreifen (dreijährige Berufstätigkeit in dem Unternehmen), er hat eine schriftliche Befragung bei allen Mitarbeitern des Innendienstes durchgeführt (Rücklaufquote 36%) und er hat neben der Analyse einschlägiger schriftlicher Dokumente zwei Expertenbefragungen durchgeführt.

Interessant sind folgende Ergebnisse: Nicht alle Beschäftigtenengruppen in einem Betrieb haben das gleiche Interesse oder die gleiche Chance, neue Informations- und Kommunikationstechnologien zu nutzen. Bei dem Betrachten der einzelnen Gruppen wird deutlich, daß keineswegs alle Organisationsmitglieder von den Partizipationsmöglichkeiten profitieren, im Gegenteil. Betrachtet man das Medium als Rationalisierungsmaßnahme, dann könnte man auch hier von „Rationalisierungsgewinnern“ und „-verlierern“ reden, wobei die Gruppe, die am ehesten zu den Gewinnern zu zählen ist, die technologieinteressierten, formal orientierten Partizipierer, lediglich 15% ausmachen. Bestenfalls die kritisch pragmatischen Vielanwender können aus dieser Perspektive noch zu den Gewinnern gerechnet werden. Alle anderen gewinnen subjektiv aufgrund des neuen Mediums keine zusätzlichen Partizipationsmöglichkeiten hinzu. Ein Teil der Mitarbeiter, der größer ist als die Gruppe der Gewinner, nämlich die uninteressierten Nichtpartizipierer, lehnen das neue Medium eindeutig ab. Diese Gruppe sieht keine zusätzlichen Beteiligungsmöglichkeiten. Die eindeutige Mehrheit (45%) der interessierten informationsbedürftigen Nichtpartizipierer zeigen zwar grundsätzliches Interesse, scheinen

aber kaum Partizipationsmöglichkeiten wahrzunehmen.

Es ist schwer, ein Fazit zu ziehen. Entscheidendes Ergebnis ist die Differenzierungsthese. Ein Fremdkörper in der ganzen Diskussionsführung bleibt das Kapitel 7.6 über Teleheimarbeit. Verwirrend ist auch der Schluß, wenn unter der Überschrift „E-Mail und Organisation“ resümiert wird, daß vor allem sozialintegrative Strategien, die an die Frühzeit des Kapitalismus erinnern, die stärkste Integrationswirkung für die Mitarbeiter hätten. Diese These ist jedoch nicht untersucht worden. Der Rekurs auf traditionelles und patriarchalisches Verhalten gegenüber den Mitarbeitern - teilweise auf neuem technischen Niveau - verweist auf höchst traditionelle Unternehmensstrategien und zeigt, daß alte Elemente der Organisationslehre durchaus nicht von technischen Innovationen abgelöst werden. Die Lektüre dieser Untersuchung ist all denen zu empfehlen, die sich in Wissenschaft oder Praxis mit der Einführung neuer Technologien befassen; neben Sozialwissenschaftlern/-innen und Betriebswirten/-innen vor allem auch Organisationsfachleute, Informatiker/-innen und Ingenieure/-innen.

Ursula Schumm-Garling (Dortmund)

Sabine Gensior (Hg.): Vergesellschaftung und Frauenerwerbsarbeit. Ost-West-Vergleiche, Berlin: edition sigma, 1995, ISBN 3-89404-392-X, 296 S., DM 36,-

Mit dem vorliegenden Band leisten die Autorinnen einen Beitrag zur Erforschung der Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Frauenerwerbsarbeit in den neuen Bundesländern. Die Themenbreite dieses Buches, die von der Analyse der Veränderungen sozio-kultureller Kontextbedingungen weiblicher Erwerbsarbeit über die Berufs- und Beschäftigungssituation von Frauen in der ehemaligen DDR, der wirtschaftlichen Entwicklung in Problemsektoren

ren bis hin zur Untersuchung der Veränderung von Lebensverhältnissen in den neuen Bundesländern reicht, macht die Tiefenwirkung der Umbruchprozesse auf sehr eindringliche Weise deutlich. Diese entspricht dem Programm der Autorinnen, der vielfach *unterkomplexen* Betrachtung eine differenziertere Analyse der DDR-Realität entgegenzusetzen.

Den ersten Themenblock leitet *Cordia Schlegelmilch* mit einer Untersuchung der Veränderungen der Gemeinschaftserfahrungen ein. Sie kommt zu dem Schluß, daß sich *gemeinschaftliche* Strukturen in der DDR wesentlich länger halten konnten als in westlichen Industriegesellschaften und erst nach der Wende eine Veränderung erfahren haben. Der Aufsatz von *Dagmar Deutschmann-Temel* über die Vergleichbarkeit von Arbeitszeitformen macht deutlich, daß sich aufgrund unterschiedlicher politischer Implikationen und Instanzen der Arbeitszeitnormierung die Arbeitszeitformen zwischen Ost- und West-Frauen stark voneinander unterscheiden.

Im zweiten Themenkomplex wird von *Sabine Gensior* sehr differenziert die Lage der Frauen, die Veränderung ihrer Berufe und Tätigkeiten im Branchen- und Länderkontext sowie die Auswirkungen auf deren Lebenssituation dargestellt.

Im dritten Abschnitt werden von *Christel Panzig* die Auswirkungen des Strukturbruchs in der Landwirtschaft auf weibliche Erwerbsarbeit beschrieben. Im Beitrag von *Gabriele Lieder* geht es um das Sterben der Textil- und Bekleidungsindustrie.

Im letzten Themenkreis werden *individuelle* Handlungsstrategien bzw. Betroffenheiten thematisiert. *Barbara Rocksloh-Papendieck* stellt die Veränderung individueller Bewältigungsstrategien von Frauen auf dem Lande in den Mittelpunkt. *Sybille Meyer und Eva Schulze* thematisieren dagegen die Auswirkungen der Wende auf die Familien. Sie machen deutlich, daß die *Funktionserweiterung* der Familie von den Frauen als Belastung empfunden wird und dazu führt, daß ihre Position innerhalb der Partnerschaft geschwächt wird.

Insgesamt gestattet dieses Buch einen differenzierten Einblick in die Tiefe und Breite der gesellschaftlichen Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern, der sich auch darin äußert, daß „das historische Rad der zunehmenden Gleichberechtigung der Frauen wieder ein erhebliches Stück zurückgedreht“ wurde (*Meyer/Schulze*, 268). Dennoch hätte ich mir gewünscht, daß die *vergleichende* Perspektive - wie im Titel angekündigt - durch alle Beiträge durchgehalten worden wäre.

Katrin Schäfgen (Berlin)

Gisela Westhoff (Hg.): Übergänge von der Ausbildung in den Beruf. Die Situation an der zweiten Schwelle in der Mitte der neunziger Jahre. Tagungen und Expertengespräche zur beruflichen Bildung, Bd. 23, Bielefeld: Bertelsmann, 1995, ISBN 3-7639-0543-X, 356 S. DM 35,-

Erich Raab: Jugend sucht Arbeit. Eine Längsschnittuntersuchung zum Berufseinstieg Jugendlicher. Zusammen mit *Christine Preiß, Christine Pritzl und Hermann Rademacker*, München: Verlag DJI, 1996, ISBN 3-87966-367-X, 226 S., DM 29,80

Der von *Gisela Westhoff* herausgegebene Band ist weit mehr als ein Konferenzbericht über die Strukturkrise im Übergangssystem von der Schule in die Erwerbstätigkeit. Die Beiträge sind von einem selten anzutreffenden Spektrum von Praktikern, Sozialwissenschaftlern und Vertretern der Sozialpartner verfaßt und bieten einen vielversprechenden Einstieg in die Übergangsforschung. Das Buch spiegelt die Kooperation zwischen wichtigen Einrichtungen, die zwischen Forschung und Politik vermitteln, nämlich dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) und dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Die Aufsätze beziehen drei Themen aufeinander.

der: die Entwicklungstendenzen des berufsfachlichen Arbeitsmarkts und daraus abzuleitende Forderungen an die staatliche Ausbildungs- und Beschäftigungspolitik, die Veränderungen im Berufsbildungssystem in ihren Auswirkungen auf Bildungs- und Berufschancen und schließlich die Bewältigungsmuster junger Menschen, die versuchen, Anschlüsse zwischen Schule, Berufsausbildung und Arbeitsmarkt herzustellen. Leitmotive sind daher „von der Verbleibszur Übergangsforschung“ (*Karen Schober* vom IAB) und „Ausbildung absolviert - Arbeit gesichert?“ (*Gisela Westhoff* vom BIBB).

Nach dem einleitenden Überblick der Herausgeberin wird im 2. Abschnitt die Übergangsproblematik in Frankreich und Österreich gleichsam als Kontrast zum dualen Modell der zweistufigen Normalbiographie junger Fachkräfte in Deutschland dargestellt. Im dritten Abschnitt geht es um aktuelle Forschungsergebnisse: *Schober* plädiert auf der Basis von Arbeitsmarktdaten für die Intensivierung einer betriebsbezogenen Übergangsforschung. Dieser Ansatz wird in den Beiträgen von *Alex* und *Walden* mit kritischem Blick auf die negativen Effekte der neuen Rationalisierungskonzepte auf das Angebot von Ausbildungsplätzen und die Übernahme von jungen Fachkräften aufgegriffen. *Frackmann* und *Kühnlein* setzen sich mit dem Personalmanagement in privaten und öffentlichen Unternehmen auseinander. Lösungsvorschläge für die Strukturkrise werden von Praktikern im abschließenden Kapitel vorgestellt. Hier wird statt von erfolgreichen Übergängen von Überbrückungshilfen und Übergangslösungen gesprochen, die zur Eindämmung der steigenden Arbeitslosigkeit nach erfolgreicher Berufsausbildung beitragen sollen. Dabei kommt das ganze Instrumentarium der betrieblichen Beschäftigungspolitik im Konjunktural zum Tragen. Immer mehr Berufsanfängern werden nur noch befristete Arbeitsverträge, Teilzeitarbeit mit und ohne Fortbildung oder Hilfen bei der Überleitung in andere Betriebe angeboten. Diese Lösungen werden am Beispiel der in der Auto- und Chemieindustrie praktizierten Modelle konkretisiert.

Die Beiträge von *Tessaring* (IAB), *Schöngen*, *Ulrich* und *Walden* alle BIBB) verdeutlichen auf der Basis von Arbeitsmarktdaten und Panelstudien, daß sich seit Beginn der 90er Jahre die Übernahmekancen nach der Ausbildung stetig verschlechtert haben. Dadurch können selbst ausgebildete junge Erwachsene durch die betriebliche Rationalisierungspolitik zu Benachteiligten des Übergangssystems werden. Die Situation in Ostdeutschland ist darüber hinaus durch den hohen Anteil von außerbetrieblichen Qualifizierungsverläufen und einem besonders hohen Arbeitslosigkeitsrisiko bei jungen Frauen gekennzeichnet.

Wie die qualitativ ausgerichteten Beiträge von *Raab u.a.* vom DJI (deren Studie im folgenden besprochenen wird) und von *Witzel/Mönich* zeigen, versuchen die jungen Leute sich auf die Übergangsrisiken einzustellen, benötigen aber in vielen Fällen praktische Unterstützung durch Qualifizierungs-, Beratungs- und Vermittlungsangebote.

Insgesamt belegen die Beiträge, daß sich das deutsche Übergangsmodell von der Schule in die Erwerbstätigkeit infolge der Rationalisierungspolitik der Betriebe immer mehr ausdifferenziert. Aber die Unkenrufe über seine Auflösung sind verfrüht. Die Qualifizierungs- und Übernahmepolitik der Betriebe erweist sich als durch kurzfristige Kalkulationen motiviert und führt damit längerfristig zu einer hausgemachten Qualifikationslücke. Eine zusammenfassende Bestandsaufnahme der Ergebnisse der Hauptkapitel wäre wünschenswert gewesen, ist aber angesichts der ungewöhnlich zügigen Buchveröffentlichung in einem Zeitraum von 8 Monaten verzeihlich.

Der Sammelband von *Erich Raab u.a.* berichtet über eine qualitative Studie, die von 1988-1991 in München und Duisburg durchgeführt wurde. Ihr Forschungsansatz ist anwendungsorientiert und zielt auf „Hilfen zum Übergang Schule - Beruf im regionalen Kontext“. Das Buch enthält z.T. sich überlappende Aufsätze über Strukturen und Prozesse der Berufseinmündung, berufliche Sozialisation, berufliche Integration von Problemgruppen und über

die Arbeitsorientierung von Jugendlichen. Im Regionalvergleich soll herausgefunden werden, wie Jugendliche mit den Verwerfungen im Ausbildungs- und Beschäftigungssystem umgehen. Dazu wurden in der ersten Befragungswelle 329 Jugendliche, die entweder im dualen System, in schulischen Berufsausbildungen oder in berufsvorbereitenden Maßnahmen waren, befragt. Diese Auswahl sollte die Ausdifferenzierung des Übergangssystem spiegeln und wird durch Fallgeschichten exemplarisch aufgeheilt. So unterscheidet *Raab* 9 typische Muster des Einstiegs in die Berufstätigkeit anhand von Fallgeschichten, wobei der ununterbrochene Weg von der Schule in den Beruf am relativ häufigsten auftritt. Wichtigstes Ergebnis ist: „Es gibt keine Jugendlichen ..., in deren Lebensentwurf von vornherein der Verzicht auf eine Berufsausbildung enthalten ist.“ (41) *Preiß* konzentriert sich auf die individuellen Strategien, wiederholt *Raabs* Argumentation und belegt an Fallgeschichten daß die Jugendlichen sich flexibel und ausdauernd auf die veränderten Ausbildungs- und Erwerbsstrukturen einstellen. Motivationsverluste sind nicht Ausgangspunkt, sondern Folge mißlingender Integrationsversuche.

Im zentralen theoretischen Kapitel über Prozesse der Berufseinmündung versucht *Raab* eine anspruchsvolle Systematisierung der Sozialisationsprozesse, die in ihrer empirischen Umsetzung aber mehr Fragen aufwirft, als sie beantworten kann. Irritierend ist besonders die höchst normative Unterscheidung zwischen erwachsenen und (noch) nicht erwachsenen Jugendlichen. Das führt dann zu abenteuerlichen Konstruktionen wie „der doppelt positiven Gruppe - erfolgreich und erwachsen“ (64) und der „doppelt negativen Gruppe - gescheitert und (noch) nicht erwachsenen“ (77). In weiteren Kapiteln wird auf die zentrale Bedeutung des Betriebs für berufliche Sozialisation und erfolgreiche Übergänge bei jungen Frauen eingegangen, aber auch die Weichenstellung durch soziale Herkunft, Arbeitsamt und Ausbildungsmaßnahmen bei sozial benachteiligten Gruppen analysiert.

Die Veröffentlichung hinterläßt einen zwiespältigen Eindruck. Wenn die Autorinnen und der Autor bei der Fallbearbeitung und Problem-

analyse bleiben, dann ist dies informativ und konstruktiv, wenn sie sich aber der theoretischen Einbindung ihrer Ergebnisse zuwenden, dann ist der Ertrag eher dürftig, da die Verbindung von Theorie und Empirie schwer nachvollziehbar ist. Interessant wäre es auch gewesen, die Übergangsbioographien an die unterschiedlichen Ausbildungs- und Arbeitsmarktstrukturen zurückzubinden - denn es handelt sich ja immerhin um eine Studie über die Strukturierung von Übergängen durch regionale Arbeitsmärkte.

Die beiden Bücher geben Einblick in das Potential der Erforschung von Übergängen in die Arbeitswelt, die dazu beitragen kann, die institutionellen und individuellen Antworten auf den Strukturwandel der Wege von der Ausbildung in das Erwerbssystem besser zu verstehen.

Walter R. Heinz (Bremen)

Bei der Rezensionsredaktion eingegangene Bücher

(Rezension vorbehalten)

- Baden, Christian, Thomas Kober, Alfons Schmid:* Arbeitsmarktsegmentation im technologischen Wandel. Wirkungen neuer Informationstechnologien auf Struktur und Funktionsweise von Arbeitsmärkten, Berlin: edition sigma, 1996, ISBN 3-89404-427-6, 239 S., DM 36,-
- Born, Claudia, Helga Krüger, Dagmar Lorenz-Meyer:* Der unentdeckte Wandel. Annäherung an das Verhältnis von Struktur und Norm im weiblichen Lebenslauf, Berlin: edition sigma, 1996, ISBN 3-89404-422-5, 324 S., DM 39,-
- Dienel, Christiane:* Frauen in Führungspositionen in Europa, Internationale Texte, Bd. 6, München: Verlag Deutsches Jugendinstitut, 1996, ISBN 3-87966-374-2, 187 S., DM 24,-
- Heinze, Rolf G., u.a.:* Strukturpolitik zwischen Tradition und Innovation. Nordrhein-Westfalen im Wandel, Opladen: Leske+Budrich, 1996, ISBN 3-8100-1598-9, 112 S., DM 28,-
- Howaldt, Jürgen:* Industriesoziologie und Organisationsberatung. Einführung von Gruppenarbeit in der Automobil- und Chemieindustrie: Zwei Beispiele, Untersuchungen der Sozialforschungsstelle Dortmund, Frankfurt a.M./New York: Campus, 1996, ISBN 3-593-35621-X, 146 S., DM 44,-
- Johannsen, Dirk, Alfred Schneider, Ulrike Theußen:* Was der Manager vom Arbeitsschutzrecht wissen muß. Mit 25 Beispielen aus der Rechtspraxis, Reihe: Das zukunftssichere Unternehmen, Köln: Verlag TÜV Rheinland, 1996, ISBN 3-8249-0359-8, VIII u. 287 S., DM 78,-
- Krömmelbein, Silvia:* Krise der Arbeit - Krise der Identität? Institutionelle Umbrüche der Erwerbsarbeit und subjektive Erfahrungsprozesse in den neuen Bundesländern, Berlin: edition sigma, 1996, ISBN 3-89404-429-2, 230 S., DM 36,-
- Krupp, Helmar:* Zukunftsland Japan. Globale Evolution und Eigendynamik, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1996, ISBN 3-534-12307-7, XVIII u. 427 S., DM 68,-
- Mickler, Otfried, u.a.:* Nach der Trabi-Ära: Arbeit in schlanken Fabriken. Modernisierung der ostdeutschen Autoindustrie, Berlin: edition sigma, 1996, ISBN 3-89404-423-3, 277 S., DM 39,-
- Promberger, Markus u.a.:* Beschäftigungssicherung durch Arbeitszeitverkürzung. 4-Tage-Woche bei VW und Freischichten im Bergbau: Mehr als zwei Beispiele, Berlin: edition sigma, 1996, ISBN 3-89404-430-6, 194 S., DM 24,80
- Schlaffke, Winfried:* Ihr könntet es erleben: Bezahlte Arbeit für alle, Köln: Kölner Universitätsverlag, 1996, ISBN 3-87427-068-8, 168 S., DM 28,- (plus Versand)

-
- Schmiede, Rudi* (Hg.): Virtuelle Arbeitswelten. Arbeit, Produktion und Subjekt in der „Informationsgesellschaft“, Berlin: edition sigma, 1996, ISBN 3-89404-424-1, 211 S., DM 34,80
- Van Ruysseveldt, Joris, Jelle Visser* (eds.): Industrial Relations in Europe. Traditions and Transitions, London et al.: Sage, 1996, ISBN 0-8039-7965-7, VIII u. 424 p., £ 17.95
- Voswinkel, Stephan, Stefan Lücking, Ingo Bode*: Im Schatten des Fordismus. Industrielle Beziehungen in der Bauwirtschaft und im Gastgewerbe Deutschlands und Frankreichs, Schriftenreihe Industrielle Beziehungen, Bd. 10, München/Mering: Rainer Hampp Verlag, 1996, ISBN 3-87988-193-6, 341 S., DM 49,80
- Weber-Fahr, Monika*: Lohnentwicklung auf Arbeitsmärkten mit multinationalen Unternehmen. Personal- und industrieökonomische Analysen zur Bedeutung von Firmenwissen in Globalisierungsprozessen, International vergleichende Schriften zur Personalökonomie und Arbeitspolitik, Bd. 4, München/Mering: Rainer Hampp Verlag, 1996, ISBN 3-87988-192-8, IV u. 272 S., DM 49,80
- Weinberger, Georg*: Emotionales Management. Mit Phantasie und Gefühl zum Erfolg, mit 11 Abb., Heidelberg: I.H. Sauer, 1996, ISBN 3-7938-7156-8, 204 S., DM 59,-
- Wittel, Andreas*: Belegschaftskultur im Schatten der Firmenideologie. Eine ethnographische Studie, Berlin: edition sigma, 1996, ISBN 3-89404-432-2, 360 S., DM 44,-